



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 20. Juni 2022
Kantonsratspräsident Bossart Rolf

B 111 A Jahresbericht 2021 - Teil I: Geschäftsbericht (B 111a) / Teil II: Jahresrechnung (B 111b) - Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2021 / Finanzdepartement

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalman-Bieri.

Vroni Thalman-Bieri: Am 1. Juni 2022 konnten die Mitglieder der PFK den Jahresbericht 2021 beraten. An dieser Sitzung werden jeweils alle Vorsteher der Departemente, der Staatsschreiber sowie der Kantonsgerichtspräsident angehört. So wird gewährleistet, dass die Mitglieder der PFK ihre Fragen den zuständigen Personen direkt stellen und für die Beratung kompetente Antworten erhalten können. Zum Jahresbericht 2021 (Botschaft B 111) haben die ständigen Kommissionen keine Mitberichte eingereicht. Die AKK hat der PFK zu drei Punkten einen Mitbericht zum Tätigkeitsbericht 2021 der Finanzkontrolle (Fiko) zukommen lassen. Die PFK hat diese Punkte in die Fragen bei den entsprechenden Departementshearings einfließen lassen. So konnte der Jahresbericht 2021 effizient durchberaten werden. Am Schluss konnte der Jahresbericht 2021 mit 16 zu 1 Stimme genehmigt werden. Zusammenfassend beurteilt die Mehrheit der Mitglieder den Ertragsüberschuss von 201,4 Millionen Franken als sehr willkommen und nahm das Ergebnis erfreut zur Kenntnis. So hat sich das Nettovermögen auf 333,4 Millionen Franken angesammelt, und das Ausgleichskonto «Bereit für Schwankungen» hat über 686 Millionen im Topf. Die Investitionen haben sich um rund 151 Millionen Franken gesteigert, erreichten aber den Investitionsanteil von 7 Prozent noch nicht. Fazit aus verschiedenen Voten: Steigt ein Gewinn, steigen auch die Begehrlichkeiten. Darum haben viele Mitglieder auf den sorgsam Umgang mit den Mitteln hingewiesen. Es wurde aber auch darauf hingewiesen, dass Corona und Krieg erneute Mehrausgaben bedeuten könnten oder allenfalls Veränderungen vom Bund ausgelöst werden. Ein Polster kann sehr bequem sein, aber es soll für Investitionen und Ausgaben durchaus eingesetzt werden. Das brachte eine Mehrheit der PFK-Mitglieder dazu, eine Bemerkung an den Kantonsrat einzugeben, die fordert, jährlich einen Platzhalter von 40 Millionen Franken zu erstellen. Die Steuergesetzrevision ist auf die Bundeslösung für die OECD-Mindeststeuern abzustimmen. Mit 12 zu 4 Stimmen wurde diese Bemerkung zum Jahresbericht 2021 beschlossen, und der Kantonsrat befindet heute darüber. Zuvor wurde eine formelle Prüfung des Kommissionendienstes veranlasst. Damit wurde bestätigt, dass eine Bemerkung zum Jahresbericht 2021 durchaus zulässig ist. Sie hat Postulatscharakter, und die Regierung kann diese Anregung auch ernst nehmen und allenfalls durchsetzen. Für den Teil Abschreibungen von hängigen Motionen und Postulaten kam ein Gegenantrag zur Nichtabschreibung der Motion M 174 von Thomas Meier zur Abstimmung. Dieser Antrag wurde mit 10 zu 6 Stimmen abgelehnt. In der Schlussabstimmung wurde dieser Teil einstimmig gutgeheissen und somit alle aufgeführten hängigen Motionen und Postulate abgeschrieben. Beim Teil der Beteiligungsstrategie wurde

vor allem die Nichterreichung des Frauenanteils in der Umsetzung kritisiert, zum Teil gelobt und allenfalls als erfüllt beschrieben. Die Regierung hat das Ziel auf das Jahr 2025 festgesetzt. Bis dann müssten die meisten Beteiligungen auf der Höhe des geforderten Frauenanteils sein. Herzlichen Dank für die sehr informative Präsentation des Jahresberichtes 2021 und allen Verantwortlichen der Departemente, den Direktoren der Luzerner Psychiatrie und des Luzerner Kantonsspitals sowie der Leiterin der Finanzkontrolle, Karin Fein. Es gab einige Fragen und wertvolle Diskussionen zu verschiedenen Themen, und alles wurde kompetent beantwortet. Nebst an Regierungsrat Reto Wyss geht auch ein Dank an Hansjörg Kaufmann, Leiter Dienststelle Finanzen, und Beat Feer vom Controlling-Dienst der Dienststelle Finanzen.

Für die Mitte-Fraktion spricht Markus Bucher.

Markus Bucher: Die Mitte-Fraktion bedankt sich beim Regierungsrat für die Botschaft B 111 und nimmt mit grosser Genugtuung Kenntnis vom sehr erfreulichen Jahresabschluss 2021, vor allem auch, da ein solches Ergebnis im zweiten Covid-Jahr alles andere als selbstverständlich ist. Die Mitte-Fraktion erachtet dieses Ergebnis als Bestätigung der Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre, welche wir massgebend mitbestimmt haben. Dabei weisen wir explizit darauf hin, dass dieses positive Ergebnis nicht nur aufgrund der hohen Zahlungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) zustande gekommen ist. Sogar wenn die SNB in den letzten vier Jahren keine Gelder ausgeschüttet hätte, hätten wir die letzten vier Jahre trotzdem positiv abschliessen können. Das gute Ergebnis resultiert zu einem wichtigen Teil aus den stark gestiegenen Steuererträgen von natürlichen, aber auch juristischen Personen. Diese steuerlichen Mehreinnahmen sind zu wesentlichen Teilen nachhaltig. Die Steuer- und Finanzstrategie entfaltet ihre Wirkung jetzt vollumfänglich. Diese nachhaltig höheren Einnahmen gilt es richtig einzusetzen. Von der Verbesserung soll die gesamte Bevölkerung spürbar doppelt profitieren zum einen mit gezielten Massnahmen über den Aufgaben- und Finanzplan (AFP) und andererseits durch eine materielle Steuergesetzesrevision, welche alle Fraktionen seit Jahren verlangen. Wir fordern zusammen mit den bürgerlichen Parteien auch bereits jetzt das Einstellen eines Platzhalters im AFP spätestens ab dem Jahr 2025. Dabei hoffen wir natürlich auf die Unterstützung von den Parteien auf der linken Seite, insbesondere von der GLP und der SP, weil diese eine solche Gesetzesrevision ebenfalls schon mehrfach forderten. Auf der Ausgabenseite stehen für die Mitte diverse Themen in der Grundversorgung im Zentrum wie Sicherheit und Gesundheit, aber auch Ausgaben in den Bereichen Klimapolitik und aufgrund der aktuellen Weltlage in der Sozialpolitik im Bereich Flüchtlinge. Dabei legen wir Wert auf klare, definierte Anträge und Projekte. Giesskannen und Geld für Ausgaben auf Vorrat werden wir weiterhin nicht unterstützen. Die Mitte macht keine Schlagwortpolitik, indem wir allgemeine Forderungen stellen wie «mehr Geld für Umweltinvestitionen», «höhere Entschädigungen für Flüchtlinge» oder «Entlastung der tiefen Einkommen». Wir arbeiten konkret, wie wir das im Klimabericht gemacht haben: zuerst die Forderung nach einem Bericht und die Beratung darüber, dann die Umsetzung definieren und entsprechend dann die Gelder einstellen, im konkreten Beispiel in einen Klimafonds. Analog wird auch unser Vorgehen bei der Steuergesetzesrevision sein. Aber lassen wir uns von den guten Zahlen nicht zu sehr blenden. Bereits in der Bibel steht geschrieben, dass sich magere und fette Jahre abwechseln. Nach sieben mageren Jahren sind wir jetzt inmitten der sieben fetten Jahre angekommen. Das bedeutet aber auch, dass die nächsten sieben mageren Jahre schon bald wieder kommen werden und wir dies bei Entscheidungen immer im Hinterkopf behalten müssen. Für die Mitte-Fraktion bedeutet dies weiterhin einen haushälterischen Umgang mit dem Geld unserer Steuerzahler. Gerade in guten Zeiten ist dies angesagt. Das Dummste wäre, wenn wir jetzt – wie ein Chilbibueb, der seine Fünfliber innerhalb von fünf Minuten gleich verputzt – diesen gewonnen Spielraum «verkonsumieren» würden. Die Versuchung ist gross, der eigenen Klientel gleich die Mittel zuzuschieben. Die ersten Vorboten dazu waren schon in der AFP-Debatte im letzten Herbst zu spüren. Begehrlichkeiten wurden da zu Must-haves hochstilisiert, die ein Jahr zuvor nicht einmal ansatzweise gefordert worden wären. Gegen solche Forderungen werden wir uns weiterhin wehren. Auch scheint uns, dass die Budgetdisziplin in einzelnen Departementen

etwas grosszügiger gehandhabt wird. Auch da werden wir weiterhin genau hinschauen. Die gute finanzielle Ausgangslage sehen wir auch als Chance für Investitionen in zukunftsgerichtete Projekte. Es besteht jetzt die Möglichkeit, unseren Kanton in Bereichen mit grossem Potenzial zu positionieren, zum Beispiel im Bereich des autonomen Fahrens von Fahrzeugen, sei es mit Anschubfinanzierung oder Schwerpunktbildung, damit wir in ein paar Jahren die Rendite dafür einfahren können. Auch die Weltlage verlangt eine weiterhin vorsichtige Planung. Wir wissen noch nicht, ob und wann Corona wieder zurückkehrt und wie heftig. Die Auswirkungen des Ukraine-Krieges sind bei uns erst sehr oberflächlich angekommen. Sie werden spätestens im Herbst dieses Jahres auch die Schweiz spürbar treffen, wenn die Ernteauffälle die Ernährungssicherheit der Weltbevölkerung infrage stellen. Also bleiben wir auf dem Boden, freuen wir uns kurz über den gewonnenen Handlungsspielraum, und arbeiten wir alle weiterhin konzentriert daran, dass es so bleibt. In diesem Sinn danken wir dem Regierungsrat und allen Mitarbeitern der ganzen Verwaltung für die engagierte, umsichtige und erfolgreiche Arbeit für unseren Kanton. Wir treten auf die Botschaft ein und werden den Jahresbericht und die Beteiligungsstrategie genehmigen. Der Abschreibung von Motionen und Postulaten werden wir zustimmen mit Ausnahme der Motion M 174 von Thomas Meier, die als Postulat überwiesen wurde. Den Antrag der PFK werden wir unterstützen.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Das Jahresergebnis 2021 des Kantons Luzern ist positiv und deutlich besser als budgetiert. Das ist erfreulich. Die SVP nimmt dieses Ergebnis dann auch mit Freude zur Kenntnis. Es ist aber kein Grund, in Euphorie auszubrechen. Auf den zweiten Blick gibt es einige Punkte, die weniger positiv sind. Die Ausgaben liegen insgesamt deutlich über dem Budget. Diese Entwicklung ist nicht einfach der Pandemie geschuldet. Die SVP stellt vielmehr fest, dass der Kanton sich einem wesentlichen, gefährlichen, betrieblichen Wachstum aussetzt. Im Rahmen der Beratungen zum AFP 2022–2025 hat die SVP festgehalten, dass sie einem einmaligen Leistungsausbau zustimmt. Für den AFP 2023–2026 erwartet die SVP aber wieder mehr Zurückhaltung bei den Ausgaben. Es darf nicht das passieren, was wir in der Vergangenheit im Kanton Luzern, aber auch in anderen öffentlichen Gemeinwesen gesehen haben: In guten Zeiten wird der Gashebel gedrückt, wenn die schlechten Zeiten kommen, schafft man es nicht, rechtzeitig auf die Bremse zu treten. Die SVP stellt deshalb klar fest, dass wir uns bei den Ausgaben in einer ganz gefährlichen Situation befinden. Die SVP wird hier wachsam sein und erwartet von der Regierung für den AFP 2023–2026 klare Massnahmen gegen das Kostenwachstum. Woran erkennen wir, dass wir kritisch unterwegs sind? Die Entwicklung der Zahl der Angestellten ist sehr dynamisch. Teilweise wird die Corona-Pandemie als Begründung für ordentliche Budgetausweitungen verwendet. Die Verwaltung bekundet Mühe, Corona-Ausweitungen im normalen Setting dann wieder zu reduzieren. Es sind fast 200 Stellen mehr als vor einem Jahr, ein Wachstum von 4,3 Prozent allein in der Kernverwaltung. Das muss uns Sorgen machen. Beim Ertrag sieht die Situation anders aus. Der Steuerertrag ist insgesamt sehr erfreulich, wobei sich die Freude dieses Mal auf die Erträge der juristischen Personen konzentriert. Diese Entwicklung ist bemerkenswert. Die Erträge der natürlichen Personen – in der Vergangenheit immer Garant für eine robuste Entwicklung – gingen gegenüber dem Vorjahr sogar zurück, die Erträge der juristischen Personen stiegen an. Die Analyse dieser Entwicklung ist wichtig, denn es muss analysiert werden, inwiefern dieses Ergebnis einmalig ist und inwiefern es einen Trend widerspiegelt. Unsere Analyse zeigt, dass einerseits die Steuerstrategie funktioniert, wir aber andererseits die Tendenz haben, dass wirtschaftliche Aktivitäten vermehrt in Firmen ausgelagert werden und so kurzfristig Einkommen zu Gewinnen werden. Das klassische Beispiel dürfte die weit verbreitete Gründung von Immobilienfirmen sein. Natürlich, diese Gewinne werden eines Tages wieder aus den Firmen herausgenommen, aber die Verzögerungen können Auswirkungen auf das Ertragsschema des Kantons haben. Das Ertragswachstum ist das Ergebnis einer langfristigen Strategie, die teilweise auch mit Entbehren verbunden war. Unsere Geschichte zeigt uns, dass sich der Kanton Luzern dann am besten entwickelt hat, wenn er sich bewegt und dem Wettbewerb

gestellt hat. Das riesige Investitionspaket, das wir vor uns haben, wäre niemals finanzierbar, hätte sich der Kanton Luzern in den letzten 20 Jahren nicht dermassen entwickelt, hätte er sich in den letzten 20 Jahren nicht dermassen verändert und hätte er sich steuerlich nicht dem Wettbewerb gestellt. Daraus müssen wir lernen. Die SVP verlangt deshalb, dass wir beim Ertrag wettbewerbsfähig bleiben und unsere Hausaufgaben machen. Die SVP unterstützt deshalb die Bemerkung der PFK für einen Platzhalter für die nächste Steuergesetzrevision. Zu den Investitionen: Wir freuen uns, dass es gelungen ist, die realisierten Investitionen näher an die budgetierten Investitionen heranzuführen. Wir anerkennen, dass die Regierung das Problem erkannt hat und Massnahmen ergriffen wurden und diese auch wirken. Leider wurde das Budget wiederum nicht erreicht, auch wenn die Richtung stimmt. Zieht man den nicht budgetierten Übertrag eines Grundstücks vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen ab, fehlen wiederum Investitionen von 37 Millionen Franken oder 22,6 Prozent. Der angestrebte Investitionsanteil von 7 Prozent wurde mit 5 Prozent deutlich verfehlt. Wir erwarten, dass die Regierung in Zukunft ihre Anstrengungen hochhält, insbesondere auch im Bereich der Naturgefahren. Erfreulich zeigt sich die Schuldensituation. Ein weiteres Wachstum des Nettovermögens ist erfreulich. Allerdings handelt es sich hier auch um ein Gegenstück zu den noch nicht realisierten Investitionen. Diese werden kommen – sie müssen kommen –, und dann werden wir über dieses Nettovermögen froh sein. Ich komme zum Fazit: Der Kanton Luzern kann auch im zweiten Pandemiejahr ein gutes Ergebnis präsentieren. Für dieses Ergebnis bedanken wir uns bei der Regierung und der Verwaltung. Dieses Ergebnis darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir Hausaufgaben haben. Die drei zentralen Elemente werden sein: erstens die Beschränkung des Ausgabenwachstums, zweitens die Realisierung der geplanten Investitionen und drittens der Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit durch eine Steuergesetzrevision und Massnahmen zur Deregulierung und Entbürokratisierung. Diese Massnahmen fordern wir von der Regierung ein, beziehungsweise bei diesen Massnahmen werden wir die Regierung unterstützen. Wir treten auf den Jahresbericht ein und werden ihn genehmigen. Ebenso werden wir den Kantonsratsbeschluss über die Abschreibung von Motionen und Postulaten sowie den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen.

Für die FDP-Fraktion spricht Franz Räber.

Franz Räber: Die FDP ist sehr erfreut über den Ertragsüberschuss von 201,4 Millionen Franken für das Jahr 2021. Dieses Jahresresultat und vor allem die Gründe, aus denen dieser Ertragsüberschuss zustande gekommen ist, sind für uns der Beweis, dass wir mit unserer Finanz- und Steuerpolitik, welche wir seit Jahren geduldig und verlässlich verfolgen, sehr erfolgreich unterwegs sind. Dieses Ergebnis bildet eine solide Basis, die künftigen Herausforderungen in diversen Bereichen zu meistern. Die anstehenden Investitionen in die Umwelt- und Klimapolitik und die geplanten Grossprojekte können mit diesem beruhigenden Polster in Angriff genommen werden. Aber auch für die anhaltenden Unsicherheiten durch weitere Corona-Folgen oder die Ukraine-Krise können mit dieser finanziellen Lage des Kantons Luzern gemeistert werden. Zugleich fordern diese Unsicherheiten aber auch einen sparsamen Umgang mit dem Gewinn. Auch die von der FDP geforderte Steuerfussenkung um 0,1 Einheiten erweist sich als verkraftbar und genau richtig. Dieser Überschuss ist auf drei wichtige Faktoren zurückzuführen: Erstens sind vor allem Staatssteuernachträge aus vergangenen Jahren für dieses Resultat verantwortlich. Diese liegen gegenüber den budgetierten Einnahmen um 11,1 Prozent höher. Im Detail heisst das, die Steuereinnahmen bei den natürlichen Personen liegen gegenüber dem Budget 2021 um 2,5 Prozent höher als geplant und bei den juristischen Personen um fast sagenhafte 97 Prozent höher, als sie im Budget 2021 geplant waren. Als Zweites ist es der Anteil der übrigen direkten Steuern und der direkten Bundessteuern, welche gegenüber dem Budget um 27,7 Prozent höher als im Vorjahr abschneiden, und zu guter Letzt, aber natürlich sehr entscheidend, ist die weitere Zusatzausschüttung der SNB von 128 Millionen Franken für das sehr positive Resultat der Rechnung 2021 verantwortlich. Wichtig ist hier aber auch zu erwähnen, dass ein Anteil von 111 Millionen Franken von den Steuereinnahmen nachhaltig ist. Ebenfalls wichtig finden wir,

dass diese bereits erhöhten Steuereinnahmen noch positiver gewesen wären ohne die bereits eingerechnete Mehrbelastung der Rechnung durch die Corona-Pandemie. Die Pandemie wirkt sich in der Rechnung 2021 mit total rund 100 Millionen Franken negativ auf das Resultat aus. Auf der Ausgabenseite bestand eine hohe Ausgabendisziplin. Der Mitteleinsatz muss auch weiterhin umsichtig erfolgen. Damit schaffen wir die nötigen Voraussetzungen, um Sparpakete und Steuererhöhungen zu vermeiden. Die Investitionsfähigkeit unseres Kantons ist weiterhin sichergestellt. Die erfolgreiche Finanz- und Steuerstrategie funktioniert also voll und ganz und kann so fortgeführt werden. Mit diesem guten Resultat wächst das statistische Ausgleichskonto auf einen Betrag von 686,3 Millionen Franken an. Das Nettovermögen des Kantons konnte mit dem guten Resultat des Jahres 2021 auf 333,4 Millionen Franken erhöht werden. Zugleich wird mit diesem Resultat klarer, dass die Abhängigkeit vom Nationalen Finanzausgleich (NFA) für die Jahresrechnung und den AFP des Kantons Luzern weiter sinkt. Auch dies ist ein wichtiges Ziel, welches die FDP seit langer Zeit anvisiert hat. Was die FDP in den vergangenen Jahren, aber auch sehr beschäftigt hat, sind die Investitionen, welche immer weit unter dem Budget lagen. Wir sind deshalb sehr erfreut, dass im Jahr 2021 über 151 Millionen Franken Investitionen umgesetzt werden konnten. Damit sind die Investitionen nur noch 6 Prozent unter dem anvisierten Investitionsziel für 2021. Wir dürfen nun aber nicht lockerlassen bei der Umsetzung der weiteren geplanten Investitionen, da wir im Vierjahresvergleich immer noch dem Budget hinterherhinken. Für das vorliegende Resultat und die grossen ausserordentlichen Aufgaben, welche durch die Corona-Pandemie bewältigt werden mussten, danken wir der Regierung, der Verwaltung und den Staatsangestellten unseres Kantons. Nun aber noch einen Blick in das laufende Jahr und die Zukunft: Für das laufende Jahr weist das Budget einen Aufwandüberschuss von fast 17,5 Millionen Franken aus. Dieses Resultat wird aufgrund weiterer coronabedingter Mehrbelastungen voraussichtlich um 40 Millionen Franken verschlechtert, und mit der Ukraine-Krise bestehen weiterhin grosse Risiken. Die Verschlechterung wird durch Zusatzausschüttung der SNB von 32 Millionen Franken weitgehend kompensiert. Die FDP fordert jetzt eine rasche Umsetzung des neuen Finanzleitbildes, welches bereits in dieser Session in der Beratung ist. Im AFP 2023–2026 ist aber auch ein Platzhalter einzustellen, der die Auswirkungen einer anzugehenden Steuergesetzrevision (OECD-Mindeststeuer) abbildet. Dabei müssen Massnahmen bei den natürlichen Personen, aber auch bei den juristischen Personen, wie zum Beispiel die Patentbox, der Abzug für Forschung und Entwicklung und die Kapitalsteuer, berücksichtigt werden. Zusammenfassend ist es der FDP ein wichtiges Anliegen, dass wir weiterhin sorgsam mit unseren Mitteln umgehen, damit wir die grossen anstehenden Herausforderungen meistern können, sodass der Kanton Luzern weiterhin imstande ist, die geplanten Investitionen umzusetzen und ein besonderes Augenmerk auf die Verpflichtung von Fachpersonen gelegt und dabei auf die gesamten Anstellungsbedingungen geachtet wird. Mit dem Vorschlag der abzuschreibenden Motionen und Postulate sind wir zufrieden, ausser mit der Abschreibung der Motion M 174 von Thomas Meier. Zur dieser Motion, welche als Postulat erheblich erklärt wurde, wird sich der Motionär später noch direkt melden. Wir treten auf die Vorlage ein und stimmen dem Jahresbericht 2021 zu, bei der Abschreibung von Postulaten und Motionen folgen wir mit der eben erwähnten Anpassung der Regierung, und den Bericht über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie genehmigen wir.

Für die SP-Fraktion spricht Michael Ledergerber.

Michael Ledergerber: Die Jahresrechnung 2021 des Kantons Luzern schliesst bei einem Aufwand von mehr als 4,2 Milliarden Franken mit einem Ertragsüberschuss von 201 Millionen Franken ab. Das sind 310 Millionen Franken mehr als budgetiert. Das Nettovermögen beträgt mehr als 330 Millionen Franken, und der Saldo des Ausgleichskontos ist rund 690 Millionen schwer. Die SP nimmt den Ertragsüberschuss in der Jahresrechnung 2021 mit gemischten Gefühlen zur Kenntnis. Einerseits ist es erfreulich, dass die wegen der Corona-Pandemie befürchteten Steuerausfälle nicht eingetreten sind. Andererseits basiert der Überschuss einmal mehr auf den rekordhohen SNB-Geldern. Auch

wenn sich Corona steuerlich wenig ausgewirkt hat, darf nicht vergessen werden, dass die Auswirkungen auf jene Menschen und Unternehmen enorm waren, die wenig bis keine Steuern zahlen. Während Unternehmen von Härtefallhilfen profitierten, gingen Personen mit tiefen Einkommen leer aus und mussten Corona-Kosten selbst bezahlen. Die emotionalen und psychischen Nachwirkungen dieser Krise werden uns noch lange beschäftigen. In den Bereichen Kinderpsychiatrie, Opferberatungsstellen oder in der Bildung braucht es Investitionen, um entstandene Schäden abzufedern und aufzufangen. Der erneut hohe Überschuss zeigt, dass die Prioritäten in den letzten Jahren falsch gesetzt wurden. Die vergangenen Abbaujahre spürt die Bevölkerung immer noch stark. Wichtige Leistungen wurden der Bevölkerung vorenthalten. So müsste zum Beispiel der Kanton Luzern, wenn er Bundesrecht einhielte, 70 Millionen Franken mehr für Prämienverbilligungen ausgeben. Das ist eines der krassen Beispiele, wie die bürgerlichen Parteien in den vergangenen Jahren den Normalverdienenden Geld abgeknöpft und Leistungen vorenthalten haben. An vielen Orten wurde derart gekürzt, dass die Ressourcen fehlen, um die kantonalen Aufgaben und Leistungen zu erfüllen. Polizeiposten müssen temporär geschlossen werden. An den Schulen stösst die integrative Sonderschulung zum Leidwesen aller an ihre Grenzen. Gegen Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung macht die Luzerner Polizei aufgrund knapper personeller Ressourcen zu wenig. Die knappen Personalressourcen und der Fachkräftemangel ziehen sich, wie schon in den vergangenen Jahren, auch im Jahresbericht 2021 wie einen roten Faden durch alle Departemente. Das Thema ist seit Jahren ständiger Begleiter im politischen Diskurs. Dieser Umstand muss zu denken geben, oder wie Ludwig Peyer es heute in der «Luzerner Zeitung» ausgedrückt hat: «Die Umsetzung der Luzerner Steuerstrategie mit leeren Hosentaschen, also ohne Finanzreserven, hat viele Kollateralschäden verursacht. Da hat die bürgerliche Politik gepatzt.» Es ist löblich, einen Fehler selbstkritisch einzugestehen, nur das Eingestehen reicht bei Weitem nicht. Jetzt ist noch Zeit, den selbstkritischen Worten Taten folgen zu lassen. Die zu beratende Bemerkung lässt aber vermuten, dass die bürgerlichen Parteien nichts gelernt haben. Die vergleichsweise tieferen Löhne in Pflege, Bildung und Verwaltung verschärfen den Fachkräftemangel zusätzlich. Der enorme Druck auf das bestehende Personal ist riesig. Die Anforderungen werden immer grösser, die Aufgaben immer mehr, die Belastung wird immer stärker. Die sehr hohen Mehrstunden und Feriensaldi der Mitarbeitenden in den verschiedenen Departementen beunruhigen. Das Risiko krankheitsbedingter Ausfälle oder von Abgängen steigt oder ist allgegenwärtig. Das Resultat der restriktiven Finanzpolitik der bürgerlichen Parteien sind die knappen Ressourcen für die Aufgaben und Leistungen. Leider wurde die heutige Situation durch die zahlreichen Sparpakete und die falsche Priorisierung bewusst in Kauf genommen. Die Zukunft wird viele finanzpolitische Herausforderungen mit sich bringen: der Krieg in der Ukraine, die SNB-Gelder, die Corona-Pandemie, die Gesundheitskosten und die kantonalen Massnahmen zur Umsetzung der globalen Mindeststeuer von 15 Prozent. Auch ist es noch völlig unklar, wie viel Geld der Kanton zur Unterbringung, Betreuung und Begleitung von Menschen aus der Ukraine aufwenden muss oder darf. Um auf Krisen und die Herausforderungen in der Zukunft besser reagieren zu können, braucht es eine offene Diskussion über die Anpassung und Lockerung der Schuldenbremse. Die gute Konjunktur, die Gelder der Nationalbank und eine Reform des Nationalen Finanzausgleichs spülen nun Geld in die Kasse und weniger die Eigenleistungen. Jetzt hat sich die Welt darauf geeinigt, dass auch Grosskonzerne wieder 15 Prozent Steuern bezahlen müssen, auch im Kanton Luzern. Das wird Mehreinnahmen bringen. Was wollen die bürgerlichen Parteien mit all dem Geld machen? Die PFK-Bemerkung ist die Bestätigung und zeigt einmal mehr die Richtung: Es soll wieder den immer Gleichen geschenkt werden. Dabei gilt es diese Chance nun zu packen und in die Zukunft der Menschen in unserem Kanton zu investieren. Die angehäuften Ausschüttungen der Nationalbank und die Erträge aus dem Finanzausgleich müssen den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen, denn während die Unternehmen ihren Anteil an der Finanzierung des Staates in den letzten 15 Jahren massiv reduzierten, wurden die Lohnempfängerinnen immer stärker zur Kasse gebeten. Jetzt ist es Zeit, die Überschüsse

sinnvoll zu investieren und die Prioritäten richtig zu setzen. Sinnvoll zu investieren bedeutet: finanzielle Entlastung der tiefen und mittleren Einkommen, bezahlbare Kita-Plätze, Anpassung der Stipendien, die Prämienverbilligung als wichtiges Instrument zur Armutsbekämpfung zu stärken und somit eine wertvolle Förderung der Kaufkraft anzugehen, sowie Investitionen in die Bildung gegen den Fachkräftemangel, Investitionen in die Attraktivität des Kantons Luzern als Arbeitgeber und die Sicherstellung der Finanzierung der Klimaziele via Klimafonds. Wir danken allen Beteiligten und allen Mitarbeitenden in den Departementen für die geleistete Arbeit im intensiven und schwierigen letzten Jahr. Wir sind nicht mit allem einverstanden, der Jahresbericht 2021 ist aber korrekt und geprüft, deshalb werden wir ihn annehmen. Die SP-Fraktion ist für Eintreten.

Für die G/JG-Fraktion spricht Urban Frye.

Urban Frye: Was ist eigentlich der Sinn dieser Debatte über den Jahresbericht und den Geschäftsbericht der Regierung zum vergangenen Jahr? Geht es wirklich nur darum, den Rechnungsabschluss entgegenzunehmen und der Regierung mit der Genehmigung die Decharge zu erteilen? Geht es wirklich nur darum, dass einmal mehr die bürgerliche Ratsmehrheit sagen kann, die Tiefsteuerstrategie sei eben doch das Nonplusultra, und damit sei im Kanton doch alles bestens? Ist ein Kanton mit einem positiven Finanzabschluss damit schon für die Bevölkerung ein erfolgreicher Kanton? Die Voten meiner Vorredner auf der rechten Seite erwecken den Eindruck, als ob sie alle Buchhalter wären. Nun, einige sind es ja auch und können wohl nicht mehr unterscheiden, ob sie mit einem Kunden das vergangene Geschäftsjahr besprechen oder sich Gedanken machen sollen, ob das Wirken der Regierung, der Verwaltung und des Parlaments zum Wohle der ganzen Bevölkerung war oder einige Gruppen ganz einfach vergessen worden sind. Wie ist es möglich, dass ein Kanton während der schlimmsten Krise seit fast 100 Jahren, während einer Krise, die viele Menschen hart getroffen hat – wirtschaftlich, sozial und gesundheitlich –, während einer Krise, die Berufsgruppen im Gesundheitswesen durch die enorme Arbeitsbelastung über den Rand der Erschöpfung brachte und andere in den Bereichen der Gastronomie oder der Unterhaltungskultur durch das erzwungene Nichtstun fast wahnsinnig werden liess, während einer Krise, in der Menschen allein sterben mussten, weil niemand sie besuchen durfte und Kinder allein zu Hause bleiben mussten, weil die Schulen geschlossen waren und ihre Eltern trotzdem arbeiten mussten, wie ist es möglich, dass während einer solchen Krise ein Kanton so satte Gewinne schreibt? Nein, dieser Überschuss ist nicht einfach ein Zeichen für gutes Wirken. Er zeigt, dass der Kanton viel mehr Mittel zur Verfügung gehabt hätte, um die sozialen, gesundheitlichen und wirtschaftlichen Schäden zu minimieren, als es die Regierung uns glauben liess. Ja, es ist richtig, dass die Finanzdirektion nach anfänglichem Zögern und nach grossem Druck des Parlaments die direkten wirtschaftlichen Schäden bei Unternehmen mit Härtefallhilfen gemindert hat. Aber immer erst, wenn der Bund zusätzliche Mittel gesprochen hat. Die Finanzdirektion war vor allem mit Mitteln des Bundes grosszügig, nicht aber mit den eigenen. Das zeigt sich auch jetzt wieder bei der Flüchtlingskrise, wo sogar der Verdacht aufgekommen ist, der Kanton mache dank den Bundesgeldern für die Flüchtlinge sogar noch einen Gewinn. Der dramatische Personalmangel im Hotel- und Gastgewerbe ist eine unmittelbare Auswirkung der kantonalen Knausrigkeit. Hätte der Kanton während der erzwungenen Schliessungen von Hotels und Restaurants bei den niedrigen Löhnen zu den 80 Prozent Kurzarbeitsentschädigung die fehlenden 20 Prozent aufgestockt, wären wohl nicht so viele Mitarbeitende aus der Gastronomie in andere Branchen abgewandert. Das Pflegepersonal in Spitälern und Heimen hat weit über die Grenzen des Erträglichen Leistungen erbracht. Die Belastungen waren enorm, nicht nur, was die Arbeitsintensivität betrifft, sondern auch das Mitansehenmüssen von all dem Leid, Menschen, die nicht besucht werden durften, Menschen, die einsam und allein starben. Wir wäre es mit einem kleinen zusätzlichen Feriengeld gewesen als Dankeschön? Lehrerinnen und Lehrer haben alles versucht, damit die ihnen anvertrauten Kinder trotz den vielen Einschränkungen Kinder bleiben durften und gleichzeitig das aufholen konnten, was sie in der Zeit verloren haben, als die Schulen geschlossen waren. Mit dem Gewinn hätten die Schulen unterstützt werden können, damit die Kinder vor allem jener Eltern, die ihnen zu Hause nicht helfen konnten,

den Anschluss nicht verlieren. Am meisten haben aber jene Menschen gelitten, über die gar nicht erst berichtet wird, die nicht vorkommen, nicht sichtbar sind, die es gar nicht geben sollte und die eben doch da sind: jene aus Drittstaaten, vorläufig aufgenommene oder abgewiesene Flüchtlinge, Sans-Papiers und sogenannt Randständige, wobei dieser Begriff genau zeigt, wo diese Menschen stehen, nämlich am Rande der Gesellschaft. Ich habe im vergangenen Jahr, vor allem aber in den vergangenen vier Monaten seit dem Ausbruch des Krieges und der damit verbundenen Flüchtlingswelle viel gelernt, wie es diesen Menschen ergeht inmitten einer Gesellschaft, die so im Überfluss lebt, dass sie noch Gewinne schreiben kann. Es ist ein Armutszeugnis für eine derart reiche Gesellschaft, wenn sie mit ihrem Gewinn nicht die sozialen Nöte der Schwächsten lindern, sondern einfach die Besserverdienenden noch weniger dem Gemeinwohl verpflichtet will. Hat der Kanton jemals an die Sans-Papiers gedacht, die «illegal» irgendwo Putzarbeiten verrichteten und plötzlich während des Lockdowns nicht mehr gebraucht wurden? An abgewiesene Asylbewerber, die nicht ausgeschafft werden können und vom Kanton in miesen Barracken zwischen Autobahnen und Entsorgungsanlagen untergebracht werden und gerade einmal so viel Unterstützung bekommen, dass sie keinen Hunger leiden? Mit unserem Engagement in unseren Projekten für die aus dem Krieg in der Ukraine geflüchteten Menschen und der Erfahrung, wie kleinlich die Unterstützung des Kantons für die Menschen ist, habe ich mich gefragt, wie es denn den anderen Geflüchteten ergeht und im vergangenen Pandemiejahr ergangen ist. Das Mariupol in Syrien heisst Aleppo, das in Tschetschenien Grosny. Warum sind wir nicht in der Lage, etwas grosszügiger zu sein? Warum haben wir uns nicht einmal die Frage gestellt, wie es diesen Unsichtbaren ergeht? Ist das nicht beschämend? Warum sind Sie nicht bereit, von den 200 Millionen auch nur einen Franken für die finanzielle Besserstellung der Kriegsflüchtlinge aufzuwenden, anstatt Steuern zu senken? Ich habe Sie im Vorfeld der Session dazu angefragt. Sie haben klar geantwortet, das wollten Sie nicht. In Gesprächen mit einzelnen Mitgliedern des Parlaments und auch mit der Regierung erlebe ich meist Empathie und Grosszügigkeit, wenn es um das Schicksal eines bestimmten Menschen geht. Die Hoteliers hier im Rat zeigen ein grossartiges soziales und kulturelles Engagement. Unsere Schaustellerfamilie hat mit Mut und Risikobereitschaft fast im Alleingang auf der Allmend eine Corona-konforme Mäss hingezaubert und so unzählige Kinderaugen zum Leuchten gebracht. Oder der Detailhändler, der nachhaltige Produkte in sein Sortiment aufnahm, als es den Begriff noch gar nicht gab, und all jene, die sich nach dem Feierabend der Förderung des Jugendsportes widmen. Viele hier drin leisten unzählige Stunden ehrenamtliche Arbeiten im Dienst der Gesellschaft, und ich bin überzeugt, dass fast alle hier drin, wenn sie eine Frau aus Mariupol, die nach wochenlangem Bombenhagel mit ihrem Sohn hier nach Luzern flüchten konnte und dann ihrem Sohn sagen musste, dass er seinen Vater nie mehr sehen wird, sofort fragen würden: Wie können wir helfen? Ich lade Sie ein, zu uns, zu den ukrainischen Kindern zu kommen, um zu sehen und zu spüren, wie wichtig es wäre, diesen Kindern zu helfen, ihre Kriegserlebnisse zu verarbeiten. Der Regierungsrat war da. Dafür hat er unseren Respekt, auch wenn wir meinen, der Kanton müsste den Geflüchteten viel mehr finanzielle und soziale Unterstützung zukommen lassen. Ich lade Sie auch ein, die schäbigen Unterkünfte im Industriegebiet im Ibach zu besuchen und mit den Menschen da zu reden, die teilweise schon seit mehr als zehn Jahren da hausen müssen, einfach, weil sie nirgends hinkönnen, wofür sie keine Schuld tragen. Als Einzelne haben Sie ein soziales Gewissen. Sobald aber das Parlament als Ganzes auftritt, verwandelt sich die Empathie in Kälte. Warum ist das so? Warum sind wir dann nichts anderes mehr als eine Vereinigung von Buchhaltern? Warum scheinen dann nur noch Treuhandexperten Meinungsführer zu sein? Inmitten der grössten humanitären Katastrophe Europas seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges mit über 14 Millionen geflüchteten Menschen denkt die Mehrheit dieses Rates nicht daran, Mittel zur Linderung der sozialen Not zurückzustellen, sondern ganz im Gegenteil an Steuersenkungen. Diese Empathielosigkeit erweckt meinen Zorn. Gerne hätte ich von diesen Finanzexperten hier auf der anderen Seite des Rates eine Antwort, wie sie einer ukrainischen Mutter mit zwei Kindern erklären wollen, wie sie mit knapp 1000 Franken im Monat zu dritt menschenwürdig

leben soll. Ich gehe davon aus, dass einmal mehr keine Erklärung folgt. Wir werden den von der rechtsbürgerlichen Seite eingebrachten Antrag der Bemerkung ablehnen, es seien nun ungeachtet der drohenden existenziellen Not der Schwächsten unserer Gesellschaft weitere Steuersenkungen zu planen. Sollte die Bemerkung angenommen werden, werden wir den Bericht ablehnend zur Kenntnis nehmen. Den Bericht zur Beteiligungsstrategie und die Anträge zur Abschreibung von Motionen und Postulaten werden wir genehmigen.

Für die GLP-Fraktion spricht Riccarda Schaller.

Riccarda Schaller: Die Worte meines Vorredners sind wichtig in dem Sinn, dass es nebst der finanzpolitischen Optik immer auch Empathie und Grosszügigkeit braucht, wenn man als Gesamtrat für die gesamte Gesellschaft etwas erreichen will. Wir sind aber mit Glück durch die Krise navigiert, so lautet unser finanzpolitisches Fazit zum kantonalen Jahresbericht 2021. Finanziell betrachtet hat der Kanton Luzern die Krise gut überstanden. Er schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 201,4 Millionen Franken ab. Dass man das jetzt auf die Steuerstrategie zurückführt und sich auf die Schultern klopf, ist sicher zum Teil berechtigt, aber es ist nur ein Element des Ganzen. Die meisten Kantone schliessen mit solchen massiven Überschüssen ab. Die Gründe wurden bereits genannt: überdurchschnittlich hohe Ausschüttung der SNB an die Kantone, die hervorragende Kapitalmarktsituation und eine konservative Budgetierung aufgrund der Corona-Krise. Letztlich freuen wir uns mit allen Luzernerinnen und Luzernern, dass der Kanton finanziell gut dasteht. Dass die Regierung nun vorschlägt, mit dem Überschuss Risiken zu sichern und sinnvolle Investitionen zu tätigen, ist auch in unserem Sinn. Ich habe mich gefreut, die Schwerpunkte der Mitte zu hören. Genau in den Bereichen Nachhaltigkeit, Gesundheit und soziale Sicherheit braucht es Investitionen. Die Ukraine-Krise wird uns viel abverlangen, wir müssen hier Akzente setzen. Es gibt auch Bereiche, bei denen man nicht mehr Investitionen tätigen, sondern Veränderungen zulassen muss. Hier kann der Kanton Luzern noch viel tun. Es lohnt sich auch zu schauen, wohin die Krise unser Schiff getrieben hat. Wie geht es den Luzernerinnen und Luzernern? Die Freude am überragenden Finanzergebnis des Kantons darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Krise der letzten zwei Jahre viele Opfer gefordert hat. Der Jahresbericht macht deutlich, wie viel wegen der Corona-Krise auf der Strecke geblieben ist und dass auch Investitionen nach wie vor nicht im budgetierten Umfang realisiert werden konnten. Regierung, Kantonsverwaltung, das Gesundheitswesen, Schulbetriebe, Event- und Gastrowirtschaft, Eltern und Jugendliche, Alte, Risikopersonen und viele mehr leben seit zwei Jahren im Dauerkrisenmanagement. Der Jahresbericht 2021 ist ein guter Moment, um all denjenigen zu danken, die sich hier engagieren, damit wir die Krise überstehen und positiv bleiben konnten und damit wir bereit waren, diese alle mitzutragen, und die unermüdlichen Einsatz geleistet haben, der uns an unsere Grenzen gebracht hat. Ein Dank allein reicht natürlich nicht, genauso wenig wie eine Lohnerhöhung von einigen Franken. Berufsabgänge, Burnouts, Fachkräftesorgen sowie zunehmende Suizidraten und psychische Leiden, insbesondere bei Kinder- und Jugendlichen, sind alarmierend und zum Teil direkt sichtbare Folgen der Krisen und der fehlenden Zukunftsperspektiven. Der Kanton muss diese Entwicklungen seriös angehen und Strategien unterstützen, die seine Bevölkerung schützen und zuversichtlich machen, dass wir Krisen meistern können. Letztlich wollen wir die Gesundheit und die Lebensqualität der Luzerner Bevölkerung sichern. Damit diese möglichst hoch bleibt, fordern wir, dass man diese Investitionen tätigt, und auch eine Steuergesetzrevision, die zum Ziel hat, die Standortattraktivität des Kantons Luzern weiter zu steigern, nicht aber die schwachen Glieder unserer Gesellschaft fallenzulassen. Den Antrag einer Mehrheit der PFK, im Rahmen der Botschaft B 111 für den AFP 2023–2026 ab dem Jahr 2024/2025 einen Betrag von jährlich 40 Millionen Franken als Platzhalter für eine zu erarbeitende Steuergesetzrevision einzustellen, lehnen wir jedoch ab. Es ist nicht sinnvoll, mit Platzhaltern zu arbeiten, bei denen wir nicht wissen, wofür sie genau stehen. Wir sind etwas überrascht, dass die Mitte ein solches Vorgehen gutheisst. Mit der Abschreibung von Motionen und Postulaten sind wir einverstanden, allerdings unterstützen wir den Antrag von Thomas Meier, seine Motion M 174 nicht abzuschreiben. Zu guter Letzt nimmt die GLP-Fraktion den Bericht über die

Umsetzung der Beteiligungsstrategie zur Kenntnis und wird zwei wichtige Aspekte im Auge behalten: Das eine ist der Anteil in den obersten Führungsgremien der Unternehmen, der nach wie vor zu wünschen übriglässt. Bei den meisten Unternehmen, bei denen der Kanton Beteiligungen hat, sind noch viel zu wenig Frauen in den obersten Führungsorganen, was gerade angesichts der heutigen Zeit und des Wissens, dass Diversität enorme Vorteile bringt, nicht gut ist. Wir hoffen, dass sich das bessert. Der Anteil der Frauen muss sich vergrössern. Weiter fällt auf, dass zum Teil sehr hohe Beteiligungen an einzelnen Unternehmen bestehen, ohne dass der Kanton steuernd eingreifen kann und ohne dass eine externe Risikoevaluation besteht, ob die Beteiligungen für die Volkswirtschaft des Kantons tragbar sind. Auch darauf werden wir ein Auge haben, und wir haben schon entsprechende Vorstösse eingereicht. Die GLP-Fraktion tritt auf die Vorlage ein und wird den Kantonsratsbeschlüssen über den Jahresbericht, über die Abschreibung von Motionen und Postulaten sowie über die Umsetzung der Beteiligungsstrategie zustimmen.

Adrian Nussbaum: Ich erlaube mir, zur Bergpredigt von Urban Frye Stellung zu nehmen. Er wirft uns vor, bloss als Buchhalter zu agieren, und nennt unsere Politik beschämend. Das kann ich so nicht stehenlassen, nicht als Fraktionschef der Mitte, aber auch nicht als Geschäftsführer eines Treuhandbüros mit rund 35 Angestellten oder, wie Urban Frye es abschätzend nennen würde, mit 35 Buchhaltern. Es ist eine der Hauptaufgaben der Buchhaltung, die Vergangenheit zahlenmässig und gesetzeskonform darzustellen. Das tue ich im Alltagsgeschäft mit meinen Mitarbeitern, das macht aber auch die Regierung, indem sie uns den Jahresbericht vorlegt. Als wir das Budget 2021 in diesem Saal beraten haben, wussten wir noch nicht, welche Auswirkungen die Pandemie auf unsere Steuererträge haben wird. Ich bin aber sehr froh, dass sich die Einnahmen besser entwickelt haben, als wir erwartet haben. Uns wegen dieser nicht vorhersehbaren Mehreinnahmen ein beschämendes Verhalten unserer Politik vorzuwerfen, ist schlicht und einfach fehl am Platz. Eine Gegenfrage an die Grünen und Jungen Grünen: Warum haben Sie bei der Budgetberatung nicht den Antrag gestellt, dass die Steuereinnahmen zu tief eingestellt sind? In der Eintretensdebatte hat die linke Seite wieder einmal unseren Kanton schlechtgeredet. Sie hat die Steuerstrategie oder, wie sie sie nennt, die Tiefsteuerstrategie immer abgelehnt. Während der schwierigen Jahre in der letzten Legislatur hatte ich dafür noch Verständnis. In diese Zeit fällt auch die zitierte Aussage meines Sitznachbarn Ludwig Peyer. Jetzt aber, wo die Steuerstrategie Früchte trägt, unseren Kanton finanzpolitisch schlechtzureden, finde ich falsch und fehl am Platz. Es sind nämlich gerade die Früchte dieser Steuerstrategie oder eben die positiven Steuermehreinnahmen, die uns die Möglichkeit geben, den Kanton zu gestalten, so wie Sie das auch heute fordern. Auch der Jahresbericht 2021 zeigt deutlich, dass in fast allen Globalbudgets in den letzten Jahren Erhöhungen gemacht wurden. Ich werde aber den Eindruck nicht los, dass Sie diesen Umstand bewusst ausblenden, weil Sie zuerst zugeben müssten, dass die Finanz- und Steuerstrategie entgegen Ihrer Prognose doch funktioniert.

David Roth: Adrian Nussbaum behauptet, die Steuerstrategie habe funktioniert. Man muss hier den Vergleich mit den anderen Kantonen anschauen. Die Entwicklungen bei den Kantonsfinanzen sind in allen Kantonen ungefähr ähnlich. Das können die Bürgerlichen also nicht ihrer Politik zuschreiben, so fest ich ihnen das auch gönnen würde. Man hat teilweise Steuersubstrat aus anderen Kantonen abgezogen, das haben wir teuer via Finanzausgleich bezahlt. Diesen Effekt haben wir auch nicht. Jetzt kommen bei jedem Franken, der frisch hereinkommt, einige Rappen dazu. Bis wir das alles korrigiert haben, braucht es noch einiges. Bitte streuen Sie den Leuten nicht Sand in die Augen bezüglich der Effekte. Wir haben genauso wie alle anderen Kantone das Glück, dass die Steuereinnahmen fliessen, und wir haben jetzt einen gewissen Spielraum. Aber was bleibt, ist das, was alles an Ungerechtigkeiten passiert ist. Es stimmt nicht, dass wir jede Steuersenkung abgelehnt haben. Wir haben viele Steuersenkungen mitgetragen, die genau die tieferen und mittleren Einkommen entlasten sollten. Sie haben uns auf meinen Vorstoss zur Entlastung der mittleren Einkommen behaftet. Sie haben diesen abgelehnt. Jetzt wollen Sie das auch machen. Warum haben Sie dann dem nicht zugestimmt? Ich kann Ihnen sagen, warum. Wir

wollten den Spielraum nützen, den wir nur bei der Steuerfussenkung hatten, damit man, bevor man allen mehr gibt, zuerst das geradebiegt, was schräg in der Landschaft steht, also die übermässige Belastung der mittleren Einkommen. Aber das war im Kontext der Steuerfussdiskussion. Wir sind nicht dafür zu haben, dass man das vorhandene Geld einfach erneut an die genau Gleichen verteilt. Sie wollen das jedoch, sonst hätten Sie damals dem Vorstoss zugestimmt. Ich möchte Ihnen noch einen Platzhalter mit auf den Weg geben, einen Platzhalter, den nicht Sie gesetzt haben, sondern der bereits vom Bundesparlament relativ weit fortgeschritten gesetzt ist. Dieser Platzhalter liegt bei der Prämienverbilligung. Der Platzhalter sind 50 Millionen Franken, die bereits die Vorlage des Bundes den Kanton Luzern kosten würde. Noch mehr wären es wohl beim Gegenvorschlag, der im Nationalrat eine Mehrheit gefunden hat. Das sind reale Platzhalter, die auch mitgenommen werden müssen. Wenn Sie schon einen Platzhalter einsetzen wollen, dann sollte es dieser sein.

Hans Stutz: Markus Bucher hat auf die mageren und die fetten Jahre hingewiesen. Er übersieht aber, dass die Jahre, die er als mager einstuft, nicht für alle mager waren, sondern für einige fett. Der Entscheid, den die Mehrheit der PFK getroffen hat, verweist eben darauf, dass dies für diejenigen weiterhin möglich sein soll. Wir wissen, dass das mit den Bibelvergleichen meistens schiefgeht. Aber meine Erfahrung als Parlamentarier hat gezeigt, was für mindestens die Mehrheit der bürgerlichen Parteien gilt, nämlich Matthäus, Kapitel 25,29: «Wer hat, dem wird gegeben. Wer wenig hat, dem wird genommen.» Ich glaube, das ist ein Grundsatz, den wir in den vergangenen Jahren in der bürgerlichen Politik verfolgen konnten. Es ist leider zu befürchten, dass dies so weitergehen wird bis zum nächsten Bibelspruch über fette und magere Jahre.

Guido Roos: Ich möchte kurz auf eine Aussage von David Roth eingehen. Er hat gesagt, alle Kantone hätten sich finanziell sehr stark verbessert, vor allem wegen des Finanzausgleichs. Das stimmt so nicht. Ich bitte David Roth, davon Kenntnis zu nehmen, dass in den vergangenen fünf bis acht Jahren der Kanton Luzern seine Steuerkraft bedeutend stärken konnte. Das schlägt sich nieder im Ressourcenindex des Nationalen Finanzausgleichs. Ich bitte Sie, diesen Fakt nicht auszublenden.

David Roth: Vom Finanzausgleich habe ich gar nichts gesagt. Wenn, dann wären es die SNB-Gelder, die ich aber auch nicht erwähnt habe. Ich habe gesagt, es sei die Wirtschaftskraft, die in der Schweiz allgemein gestärkt wurde. Unterschiede, die auch im Finanzausgleich abgebildet sind, gibt es beim steuerbaren Substrat. Die Wirtschaftskraft eines Kantons ist aber nicht abgebildet. Wir haben Steuersubstrat angesiedelt, aber nicht Wirtschaftskraft. Das ist der grosse Unterschied. Die Wirtschaftskraft steigt nie im gleichen Verhältnis an wie das Steuersubstrat. Das nützt uns nichts, weil das im Finanzausgleich weitestgehend bestraft und geglättet wurde. Sie streuen Sand in die Augen, wenn Sie behaupten, die Wirtschaft habe sich wegen der Steuerstrategie so entwickelt. Das ist schlicht nicht zu erhärten.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich möchte vorab für die verschiedenen Voten und die Diskussion in der PFK danken. Insgesamt dürfen wir feststellen, dass der Kanton Luzern einen sehr erfreulichen Abschluss 2021 gemacht hat. Er ist damit in einer sehr guten Gesellschaft mit der grossen Mehrheit der anderen Kantone. Die Finanzen im Kanton Luzern befinden sich tatsächlich in einem sehr guten Zustand. Sie als Kantonsrat und wir als Regierung können gestalten. Wenn wir das aber so aufrechterhalten wollen, dann ist es sehr wichtig, dass wir aufmerksam und zurückhaltend bleiben, insbesondere bei der Entwicklung auf der Ausgabenseite. Wir müssen wirklich darauf achtgeben, dass dieser gute Zustand erhalten bleibt und auch unsere Nachfolgerinnen und Nachfolger in ihrer politischen Arbeit gestalten können. Die Vorarbeit dafür müssen wir heute und jetzt leisten. Die Entwicklung bei den Staatssteuern möchte ich noch etwas näher beleuchten und am einen oder anderen Ort ins rechte Licht rücken. Die juristischen Personen haben im 2021 16 Prozent zu den Staatssteuern beigetragen, das ist doppelt so viel wie auch schon. Am tiefsten Punkt waren wir bei rund 8 Prozent. Wir müssen uns bewusst sein, dass dieser Anteil von 16 Prozent relativ volatil ist. Die natürlichen Personen sind diesbezüglich viel konstanter, und dessen

müssen Sie sich und wir uns bewusst sein, wenn wir die Prognosen für die kommenden Jahre definieren. Da ist mit einer höheren Veränderung vom einen Jahr auf das andere zu rechnen. Blicken wir rund zehn Jahre zurück, dürfen wir feststellen, dass die relative Steuerkraft um 27 Prozent pro Einwohnerin und Einwohner zugenommen hat, und absolut ist der Steuerertrag sogar um 62 Prozent gewachsen. Das sind wirklich erfreuliche Zahlen. Sie haben sich zu den Investitionen geäußert. Ja, die Regierung ist sich der Bedeutung der Investitionen bewusst, wir nehmen diesen Auftrag gerne an, und wir werden in diesem Bereich aktiv daran arbeiten, die erforderlichen Anstrengungen hoch zu halten, damit wir diesbezüglich die notwendigen Resultate erreichen. Es wurden Ausführungen gemacht bezüglich der Auswirkungen von Corona auf die natürlichen Personen. Seien wir doch ehrlich: Das Ziel der öffentlichen Hand bei der Unterstützung war es, die Arbeitsplätze und die Strukturen in der Wirtschaft zu erhalten, um dadurch einen wesentlichen Beitrag dazu leisten zu können, dass die Leute ihre Arbeit behalten können. Die öffentliche Hand hat diese Zielsetzungen sehr gut erreicht. Wir sind bezüglich Arbeitslosigkeit an einem Punkt, wo wir froh gewesen wären, wir hätten das am Anfang der Pandemie voraussagen können. Wir müssen wirklich nicht immer alles schlechtreden, wir dürfen auch einmal dazu stehen, was wir erreicht haben. Ich muss Kantonsrat Urban Frye darauf aufmerksam machen, dass wir hier über den Jahresbericht 2021 sprechen. Der schreckliche Krieg in der Ukraine ist 2022 ausgebrochen. Es wäre angebracht, wenn Urban Frye hier mit den Fakten etwas vorsichtiger umgehen würde. Zu den Äusserungen von Kantonsrat David Roth: Seine Behauptung, dass alle Kantone eine ähnliche Entwicklung machen, ist falsch. Der Kanton Luzern hat sich in den vergangenen Jahren sehr überdurchschnittlich entwickelt. Wäre das nicht so, dann wäre die Entwicklung beim Ressourcenpotenzial im Nationalen Finanzausgleich eine ganz andere, und wir wären bei einer durchschnittlichen Entwicklung nicht dort, wo wir heute sind. Bleiben wir bei den Tatsachen, und politisieren wir entsprechend. Es ist legitim, dass man unterschiedliche Ansichten hat, aber die Tatsachen sollten man dort lassen, wo sie sind. Noch eine Aussage zum laufenden Jahr: Für das Jahr 2022 haben wir einen Ertragsüberschuss im Voranschlag eingestellt. Wir werden Sie und die Öffentlichkeit sehr bald über die Hochrechnung I informieren können. Da können Sie zur Kenntnis nehmen, wie wir im laufenden Jahr unterwegs sind. Ich bitte Sie, den Anträgen der Regierung zu folgen. Ich werde mich zu den einzelnen Anträgen in der Detailberatung äussern.

Der Rat tritt auf die Vorlage ein.

Bemerkung PFK zu Allgemein: Für den AFP 2023–2026 ist ab dem Jahr 2024, spätestens ab 2025 ein Betrag von jährlich 40 Millionen Franken als Platzhalter für eine zu erarbeitende Steuergesetzrevision einzustellen. Die Steuergesetzrevision ist auf die Bundeslösung für die OECD-Mindeststeuern abzustimmen und allfällige Mehreinnahmen aus dieser eidg. Steuergesetzrevision sind zusätzlich für die kantonale Steuergesetzrevision zu verwenden.

Für die Planungs- und Finanzkommission (PFK) spricht Kommissionspräsidentin Vroni Thalmann-Bieri.

Vroni Thalmann-Bieri: Dieser Antrag wurde von der PFK mit 12 zu 4 Stimmen überwiesen. Wir bitten Sie, der PFK zu folgen.

David Roth: Selbstverständlich sind wir nicht dafür, dass wir einen Platzhalter für ein Projekt einstellen, zu dem wir noch überhaupt nichts wissen. Wenn wir irgendwo einen Platzhalter einstellen sollten, dann bei den Prämienverbilligungen. Hier geht es darum, die Schäden der Vergangenheit wieder auszugleichen, die Schäden, die Sie angerichtet haben, indem Sie beim Stipendienwesen gekürzt haben. Gleichzeitig haben Sie damit auch einen Beitrag zum Fachkräftemangel geleistet, weil weniger Personen eine Ausbildung machen können und damit den Fachkräftemangel nicht mildern. Wir sollten dort angleichen, wo wir das sowieso werden tun müssen. Die Eintretenswahrscheinlichkeit, dass bei der Prämienverbilligung etwas angepasst wird, liegt bei über 50 Prozent. Das Bundesparlament und der Bundesrat wollen, dass die Kantone, die in der Vergangenheit den Prämienzahlenden bundesrechtswidrig Gelder entzogen haben, jetzt zur Kasse gebeten werden. Sie haben hier die ganze Schweiz gegen sich. Das wird einschenken. Mindestens 50 Millionen Franken kommen auf Sie zu. Ich habe die Unterscheidung zwischen

Wirtschaftswachstum und Ressourcenwachstum gemacht, aber Regierungsrat Reto Wyss hat mir wohl nicht gut zugehört. Der Ressourcenindex misst, was an Steuersubstrat da ist. Das Steuersubstrat ist nicht äquivalent mit dem Wirtschaftswachstum. Das ist kein Indikator. Es mag ja sein, dass Ihre Aussage stimmt, aber dann müssen Sie diese anders belegen.

Fabrizio Misticoni: Aus unserer Sicht ist diese Bemerkung sachlich am falschen Ort. Sie ist so aussergewöhnlich platziert, dass sogar abgeklärt werden musste, ob so etwas überhaupt geht. Aus unserer Sicht ist es auch paradox, dass man in einer abgeschlossenen Rückschau gleichzeitig eine Forderung für die Zukunft stellen will. Das hätte man beim Finanzleitbild fordern können. Aus unserer Sicht ist es aber auch unseriös, heute bereits eine relativ genaue Zahl als Platzhalter einstellen zu wollen. Im Eintreten der Mitte wurden den linken Kreisen eine allgemeine Forderungshaltung und zu wenig spezifizierte Anträge vorgeworfen. Man betont auch in den Diskussionen über die kommende Revision, dass man heute die Diskussion nicht will, aber trotzdem weiss man heute schon, wie viele Millionen Franken man dann verteilen will. Wir opponieren dem aber auch inhaltlich. In der Kommission und hier im Rat sprach man vollmundig von ausgewogenen Steuergesetzrevisionen, die es geben soll. Wir hören diese Bekenntnisse, aber angesichts der heute im Rat immer wieder ostentativ betonten Abzugsmechanismen wie beispielsweise eine Patentbox oder wenn man die grundsätzlich verfolgte Steuerstrategie betrachtet, dann sind wir skeptisch, wie ausgewogen eine solche Revision wird und ob auch wirklich tiefere und mittlere Einkommen genau gleich entlastet werden. Aus diesem Grund können wir heute einer solchen Bemerkung überhaupt nicht zustimmen und lehnen sie deshalb ab.

Markus Bucher: Die Mitte-Fraktion findet es richtig, dass der Regierungsrat den finanziellen Rahmen kennt, den unser Rat von der Steuergesetzrevision erwartet. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag zustimmen. Für mich sind die Voten der SP noch unklar. Wenn Sie mir im Eintretensvotum zugehört haben, dann wissen Sie, warum wir den Antrag der SP damals abgelehnt haben. Wir wollen zur Steuergesetzrevision keine Einzelanträge behandeln, wir wollen das ganze Paket und dann die verschiedenen Interessenansichten einfließen lassen. Wir kennen Ihre Position. Michael Ledergerber hat es heute wieder gesagt, und Ihr Fraktionschef Marcel Budmiger hat es bei der Diskussion zu den Kinderzulagen im Januar und März immer wieder betont: Familien mit tiefen Einkommen sollen entlastet werden. Dort bestehe Handlungsbedarf. Genau diese Möglichkeit schaffen wir uns mit dieser Steuergesetzrevision und mit dem Reservieren von Geld. Wenn wir es heute reservieren, dann haben wir es bestimmt zur Verfügung. Ich kann Ihnen versichern, dass sich die Mitte für eine ausgewogene Steuergesetzrevision einsetzen wird, von der auch die mittleren und tiefen Einkommen profitieren. Aus diesem Grund erwarte ich, dass die SP diesem Antrag ebenfalls zustimmt, erfüllt er doch eine ihrer Grundforderungen. Alles andere würde mich erstaunen.

Armin Hartmann: Auch die SVP wird diese Bemerkung unterstützen. Es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, dass das Parlament der Regierung für den Herbst eine Information mitgibt, einerseits weil wir mit dem Jahresbericht eine neue Information haben; das Ergebnis zeigt nämlich, dass der Spielraum grösser ist. Es ist aber auch das richtige Instrument. Wo sonst haben wir die Möglichkeit, der Regierung Informationen für den Herbst mitzugeben. Es ist auch die richtige Form. Wir fordern eine Steuergesetzrevision. Wir diskutieren also nicht über Massnahmen, sondern gehen davon aus, dass es ein Paket brauchen wird. Was dann ausgewogen bedeutet, wird Teil einer politischen Debatte sein, hier wird es ganz sicher Schattierungen geben. Es liegen aber gewisse Ideen auf dem Tisch. Das Ganze vergrössert die Planungssicherheit in dem Sinn, dass die Regierung weiss, welchen Rahmen wir etwa sehen. Dieser ist so oder so nicht definitiv definiert, aber es ist wichtig, dass die Mittel jetzt eingestellt werden. Es gibt einen wesentlichen Unterschied zwischen dem, was wir wollen, und dem, was David Roth verlangt. Wir sind hier im gestalterischen Bereich. Es sind Mittel, über die wir selbst entscheiden wollen. Die Frage der individuellen Prämienverbilligung kommt von oben, da werden wir wenig Spielraum haben, wenn es irgendeinmal eine solche gesetzliche Vorschrift geben wird. Aus diesem Grund sollten Sie diese Bemerkung unterstützen. Es ist wichtig, dass das Parlament die Zügel in der Hand hält und Regierung

und Parlament für den Herbst gut zusammenarbeiten.

Franz Räder: Es wurde alles zu diesem Antrag gesagt. Auch die FDP unterstützt diesen Antrag voll und ganz. Auch für uns ist es sehr wichtig, dass wir uns auf die folgenden Steuergesetzrevisionen vorbereiten, die für unsere Zukunft entscheidend sind.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Ich bitte Sie im Namen der Regierung, diese Bemerkung abzulehnen. Aus Sicht der Regierung macht es Sinn, den Umfang der Steuergesetzrevision auf die zu erwartenden Mehrerträge aus der OECD-Mindestbesteuerung zu beschränken. Es ist anerkannt, dass die Mehrerträge für die Attraktivierung des Standorts und für den Erhalt der Attraktivität des Standorts eingesetzt werden sollen. Dazu gehört möglicherweise auch eine Steuergesetzrevision. Ich mache Sie darauf aufmerksam, dass wir von Ihnen verschiedentlich Aufgaben erhalten haben, die zu Mehrausgaben in den Departementen führen. Diese müssen ebenfalls finanziert sein. Ich bitte Sie darum, diese Bemerkung abzulehnen.

Der Rat stimmt der Bemerkung mit 69 zu 35 Stimmen zu.

In der Schlussabstimmung stimmt der Rat dem Kantonsratsbeschluss über die Genehmigung des Jahresberichtes 2021, wie er aus der Beratung hervorgegangen ist, mit 95 zu 13 Stimmen zu.